



Rubrik vom 24. November 2011 (Lokalinfo AG)

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Nachdenken ist anstrengend

Im Unterschied zu den gebeutelten Griechen und den anderen Europäern geht es uns gut: Wir dürfen über unser politisches Schicksal abstimmen. Aber nicht nur das: Auch Sachvorlagen müssen Gnade beim Volk finden. Es lastet also Verantwortung auf unseren Schultern. Wir können falsche Entscheidungen nicht den Politikern in die Schuhe schieben.

Unnützes Schraubendrehen beim Flughafen

Zum Flughafen lässt sich folgendes sagen: Der Flughafen ist für die ganze Schweiz wichtig. Er muss sich entwickeln können. Wir wollen keine Arbeitsplätze verlieren. Und wir wollen nicht im Lärm des Flughafens untergehen. Die Bevölkerung ist zu schützen. Leider garantiert ein reiner Pistenbau-Stopp keinen geringeren Lärmpegel. Es könnte sogar sein, dass man mit einer Pistenänderung eine Lärmreduktion erreicht! Das wäre dann nicht mehr möglich. Aber der Flughafen kann ja heute schon nicht machen was er will: Bei Änderungen am Pisten-system hat das Volk das letzte Wort. Starre Bauverbote verbauen uns den Weg zur besten Lösung, deshalb 2 x NEIN zu den Flughafenvorlagen. Bei der Stichfrage ist die Variante A zu bevorzugen.

Es gibt keine günstigen Wohnungen

Bezahlbare Wohnungen für Zürich – das tönt doch gut. Eigentlich müsste es aber heissen: Bezahlbare Wohnungen für einige. Das Problem bei dieser Vorlage: Es gibt keine billigen Bauten. Das Land kostet, die Bauarbeiter wollen auch etwas verdienen. Wenn man den einen die Wohnungen billiger gibt, zahlen das einfach die anderen, die keine billige Wohnung haben. Wer am Schluss billig wohnt, entzieht sich der öffentlichen Kontrolle. Mit 25% Genossenschaftswohnungen ist Zürich Nummer 1 in der Schweiz. Dass die übrigen 75% noch mehr zahlen sollen, ist nicht fair. Auf dem Stimmzettel steht kein Wort über die Kosten des Experiments. Gemäss Stadtrat wären es 400 Millionen pro Jahr oder insgesamt 15.6 Milliarden (fast die NEAT!). Unbezahlbar. Deshalb NEIN zu «bezahlbaren» Wohnungen!

Blaue Zone – zähneknirschend JA

Der Gewerbeverband hat jahrelang für tiefere Parkgebühren gekämpft. Insbesondere Kleinbetriebe und Einmann-Betriebe mussten mit 600 Franken Jahresgebühr überproportional zahlen. Dieses wird mit den neuen Regeln zur blauen Zone korrigiert. Das Gewerbe wird mit 700'000 Franken pro Jahr entlastet. Der Stadtrat erhöht im Gegenzug die Gebühren für die Privaten von 240 Franken auf 300 Franken pro Jahr. Dies wird mit dem Reinigungsaufwand begründet. Deshalb JA zur Blauen Zone.

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezuersch.ch